

II-6235 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3094 /J

1992-06-04

A n f r a g e

der Abg. Mag. Haupt, Aumayr, Huber, Gratzner  
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie  
betreffend Fischer-Deponie - angebliche Sanierung

Auf eine mündliche Anfrage des Erstunterzeichners und Zusatzfragen anderer Abgeordneter betreffend Fischer-Deponie antwortete die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie am 12.3.1992, sie bemühe sich, eine Bund-Land Gesellschaft, also eine Gesellschaft im öffentlichen Eigentum, zustande zu bringen. Diese Gesellschaft solle ein Rechtsträger sein, der die nötige Kontinuität garantiere, um die Gesamtanierung organisieren zu können. Dieser Rechtsträger solle auch die Möglichkeit haben, um jene Mittel anzusuchen, die im Wege des Alsag-Gesetzes dafür zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Fischer-Deponie sei gerade nicht geplant, eine private Gesellschaft zu errichten. Das Land Niederösterreich habe in den Vorgesprächen auf Expertenebene bereits zugesichert, sich an den Kosten der Gesellschaft selbstverständlich zu beteiligen. Darüber hinausgehende Verpflichtungen seien Gegenstand von Verhandlungen, die bis Ende Mai 1992 abgeschlossen sein sollen.

Bei Versammlungen in Anrainergemeinden werden die Anfragesteller auf andere Aspekte des endlosen Sanierungsfalles hingewiesen: Am 16.3.1992 fanden Verhandlungen über eine gewerberechtliche und eine baurechtliche Genehmigung in Lichtenwörth, NÖ statt, wobei als Konsenswerber Dr. Leopold Rödl einmal für den sattsam bekannten Abfallmulti A.S.A., einmal für die S.A.D. Sonderabfalldeponie Ges.m.b.H. auftrat. Bei der Niederschrift der Bauverhandlung werden keine Anrainer namentlich erwähnt. Hinsichtlich der Gewerberechtsverhandlung betreffend Verbreiterung der Deponie Lichtenwörth in Richtung Süden, Errichtung einer Wasseraufbereitungsanlage, einer mobilen Sortieranlage und einer Eigenbedarfstankstelle mit 10.000 l erscheint als Anrainer und Nachbar Dr. Wulf Kern für den ebenfalls im Zusammenhang mit Altlasten sattsam bekannten Johann Steinpruckner (ohne Adresnennung).

Die burgenländischen Anrainergemeinden Neudörfl, Pötttsching und Sauerbrunn (Mineralwasservorkommen) haben bereits gegen die Deponieerweiterung in ihrer unmittelbaren Nähe protestiert.

Die Fragesteller befürchten, daß die Verbringung von Altlasten der Fischer-Deponie nach Lichtenwörth neue Probleme schafft und der Altlastensanierungsfonds als Selbstbedienungsladen für den Abfallmulti A.S.A. und seine Tochtergesellschaften unter Mithilfe des Landes Niederösterreich und des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie mißbraucht wird.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die nachstehende

A n f r a g e :

1. Was haben die bisherigen Verhandlungen mit dem Land Niederösterreich über die Gründung einer Bund-Land-Gesellschaft betreffend Fischer-Deponie bisher ergeben
  - a) hinsichtlich der erforderlichen Bundesmittel,
  - b) hinsichtlich der bereitzustellenden Landesmittel,
  - c) hinsichtlich des Arbeitsbereiches der Gesellschaft,
  - d) hinsichtlich der Geschäftsführung,
  - e) hinsichtlich des Ansuchens um Mittel aus dem Altlastensanierungsfonds ?
2. Welche Sanierungsschritte wurden heuer in der Fischer-Deponie unternommen, nachdem der ursprüngliche Stichtag 1.4.1992 lautete ?
3. Wohin sollen die Altlasten aus der Fischer-Deponie verbracht werden ?
4. Wer hat diesbezüglich um Mittel nach dem ALSAG angesucht ?
5. Welche Sonderabfälle sollen auf die erweiterte Deponie Lichtenwörth verbracht werden ?
6. Ist Ihnen bekannt, daß diese Deponie bereits jetzt undicht ist ?
7. Ist Ihnen bekannt, womit diese Deponie abgedichtet werden soll ?
8. Können Sie ausschließen, daß durch die Deponie Lichtenwörth das Mineralwasservorkommen der Gemeinde Sauerbrunn und die Brunnen der Nachbargemeinden Neudörfl, Pöttsching und Sauerbrunn gefährdet werden ?
9. Wer hat hinsichtlich der Deponie Lichtenwörth um Mittel nach dem ALSAG angesucht ?
10. Wann werden Sie endlich zu verhindern wissen, daß der Abfallmulti A.S.A. und seine Tochtergesellschaften auf Staatskosten endlose Abfallkreisläufe in Gang setzt ?